

Offene Worte

Online Nr. 17

Zeitung der LINKEN für den Barnim 16. Mai 2020, 30. Jahrg.

Staatshilfe an Konzerne nur mit Auflagen!

Mit milliardenschweren Staatshilfen wie dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds will die Bundesregierung Unternehmen in der Corona-Krise stützen – intransparent und fast ohne Auflagen (siehe OW vom 1. Mai, Unternehmen in Staatsbesitz?). Auch Konzerne, die das Klima schädigen oder Steuerzahlungen umgehen, sollen jetzt Hilfen bekommen. Das darf nicht passieren! Nur wer zukünftig ehrlich Steuern zahlt und den Klimaschutz ernst nimmt, darf Rettungsgelder bekommen.

Diese Zusammenfassung findet sich auf der Homepage der online-Bürgerbewegung campact.

Dort kann man sich jetzt für diese Forderungen aussprechen:

Unternehmen dürfen nur Staatshilfen erhalten, wenn sie

▷ einen verbindlichen Klimaschutzplan vorlegen, der sie an das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens bindet

▷ keine Boni und Dividenden an ihre Vorstände und Aktionär*innen auszahlen

▷ keine Gewinne in Schattenfinanzzentren beziehungsweise Steueroasen verlagern: Um das zu belegen, müssen sie ihre Eigentümerstruktur offenlegen und mögliche Gewinnverlagerungen transparent machen ("Country-by-Country-Reporting").

Wir können uns nicht leisten, jetzt Steuertrickser und Klimasünder mit Milliardenhilfen zu unterstützen. Damit die staatlichen Hilfen ihre gewünschten Ziele erfüllen, müssen die Unternehmen zeigen, dass sie verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen.

Ich habe diesen Campact-Appeal an Bundesfinanzminister Olaf Scholz unterzeichnet, damit er dafür sorgt: Rettungsgelder gibt es nur gegen Auflagen! Bitte unterschreibe auch Du, unterschreiben auch Sie! Es sollen 300.000 Unterschriften erreicht werden, am 15. Mai waren es bereits über 270.000.

Christina Emmrich,
Gemeindevertreterin
Ahrensfelde

Unterschreiben auf: <https://campact.org/rettungsgelder-emum>

Sie lassen sie doch im Regen stehen!

SPD, Grüne und CDU lehnten am 14. Mai den Antrag der LINKEN und FW für Solo-Selbstständige ab

SPD, CDU und Grüne im Brandenburger Landtag, die Kenia-Koalition, lehnten einen Antrag der LINKEN und Freien Wähler zur Unterstützung von Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmen ab.

„Wir fordern die Landesregierung auf, ihr Versprechen zu halten und dafür endlich eigenes Geld in die Hand zu nehmen“, erläuterte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter. Denn ursprünglich galt in Brandenburg ab dem 24. März: Unkomplizierte Hilfe für Soloselbstständige, auch Umsatzausfall sollte kompensiert werden mit einem einmaligen Zuschuss von 9.000 Euro. Kalkuliert waren diese Beträge mit 450 Millionen Euro – aus dem Landeshaushalt. Am 1. April dann trat die Bundesregelung in Kraft und das Brandenburger Wirtschaftsministerium sah offenbar die Chance, keine landeseigenen Gelder einsetzen zu müssen, übernahm die Regelung zum Schaden der Soloselbstständigen. Denn nun dürfen sie nur noch ihre Betriebs-

ausgaben geltend machen – was am Kernproblem der Solo-Selbstständigen vorbei geht, die arbeiten nämlich meist von zu Hause und brauchen Umsatzerersatz.

„Die Neuregelung wurde rückwirkend angewendet und treffe etwa zwei Drittel der rund 75.000 Antragsteller“, kritisierte Walter. „Sie schicken Menschen, die sich ein Leben lang etwas aufgebaut haben, in die Armut!“, warf der LINKE-Chef der Landesregierung vor.



Hilfe für Menschen mit Handicap

500 Euro für „Eltern helfen Eltern Barnau e.V.“

Als kleiner Träger, der seit über 20 Jahren Familien mit Angehörigen mit schweren Beeinträchtigungen in Freizeit, Schule und häuslichen Umfeld betreut, hat es uns seit dem 13. März 2020 (Schließung der Schulen und unserer Freizeiteinrichtung) ganz gewaltig getroffen. Aufgrund der Gemeinnützigkeit können wir keine Rücklagen bilden, so dass wir, wie so viele andere Einrichtungen, große finanzielle Einbußen haben. Jede Spende hilft weiter, um unsere Arbeit eingeschränkt während der Corona-Krise für die Klient*innen mit Handicap anzubieten. Die Mitarbeiter*innen beraten und unterstützen vor allem telefonisch.

Die derzeitige Situation trifft

unsere Klient*innen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen mehrfach. Die Werkstätten geschlossen, keine Kontakte außerhalb der Familie oder Wohnstätte sind möglich und unsere Freizeitangebote können auch nicht stattfinden. Für die Kinder und Jugendliche werden deshalb im Rahmen des Familienentlastenden Dienstes Unterstützungen außerhalb unserer Kontakt- und Begegnungsstätte und dem häuslichen Umfeld angeboten. Seit 3 Wochen wird dieses Angebot dankend angenommen, bei einer 1:1 Betreuung unter Berücksichtigung der Hygienemaßnahmen, finden Spaziergänge, Sportbetätigungen und Einkäufe statt. Leider mussten

wir wegen der Einschränkungen auch die seit langem geplanten Ferienkurse absagen. Viele unserer Teilnehmer*innen haben sich das ganze Jahr über gefreut, aber wir werden uns für die Zeit „nach Corona“ etwas einfallen lassen.

Ein ganz großes Dankeschön möchten die Mitglieder des Vereins „Eltern helfen Eltern Barnau e. V.“ an die Kreistags- und Stadtverordneten sowie die Gemeindevertreter*innen der LINKEN und des Bauernverbandes Barnim schicken. Mit der Spende der Abgeordneten in Höhe von 500 Euro können wir einiges auffangen.

Birgit Lembke-Steinkopf
Leiterin „Eltern helfen Eltern Barnau e. V.“

Zeugnisausgabe über 3 Tage verteilt

Service

Vom 22. bis 24. Juni wird es in diesem Jahr Zeugnisse geben. Das geht aus einem Schreiben des Brandenburger Bildungsministeriums vom 12. Mai hervor.

Ab dem 25. Mai sollen zudem alle Jahrgangsstufen wieder zeitweise die Schulen besuchen, ob tageweise oder im Wechsel vormittags-nachmittags soll entsprechend der örtlichen Gegebenheiten (Schülerverkehr, räumliches Angebot) vor Ort in den Schulen entschieden werden. Generell bleibt es bei einem Wechsel zwischen Präsenzunterricht und häuslichem Lernen. (bc)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 18. Mai